

Berlin, Dienstag,

Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal.

Bezugs-Preis:

vierteljährlich für Berlin 7 M. 50 Pf. ohne Portofolio, für ganz Deutschland und Oesterreich 9 M.

Für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika u. s. w. Bezugshandlung 20 M. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen: für Frankreich bei Hrn. Kummel in Straßburg 4. G., für England bei Hrn. Siegle in London, 20 Bine Street E. C., sowie E. C. in London, 19 Brechin Street E. C.

Berliner Börsen-Zeitung.

Bestellungen werden angenommen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen: Verdingungs-Anzeiger.

Hôtels- und Bäder-Anzeiger

Vollständige Ziehungslisten der Preussischen Klassen-Lotterie.

Allgemeine Verlosungs-Tabellen mit Restanten-Listen

und viele andere wichtige tabellarische Uebersichten.

Insertions-Gebühr:

die viergespaltene Zeile 40 Pf. Reclamzeitung 80 Pf.

Expedition der Berliner Börsen-Zeitung: Berlin W., Kronenstraße Nr. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

Parlament und Liberalismus.

Die Organe der bürgerlichen und socialen Demokratie werden nicht müde, „das Deutsche Volk“ vor den finsternen Zukunftsprojecten der „Reaction“ zu warnen. Ihnen zufolge kann es nicht dem geringsten Zweifel unterliegen, daß sowohl im Reiche als in Preußen die Politik der Regierung während der nun anhebenden Legislaturperiode sich als eine fortlaufende Kette von Attentaten auf die Volksherrschaft und das Volkrecht herausstellen wird. Es wäre auch gar zu schlimm — für die demagogischen Alarmrufer nämlich, — wenn der Reactionspopanz jemals von seiner schreckhaften Wirkung auf den untrübsamen Sinn des großen Haupteus etwas einbüßte! Wo bliebe ihre eigene raison d'être? Nein, die Reaction muß auf der Lauer liegen, damit diese Gefahr den Parteien, welche sich selbst zu Hütern der Volksherrschaft aufgeworfen haben, dasjenige Relief verleihe, dessen sie bedürfen und doch auf andere Art nicht theilhaft werden können.

Der gemäßigste Liberalismus, der sich von diesem müßigen agitatorischen Kreiten grundsätzlich zurückhält, muß sich von den Agitatoren aus Beruf bzw. aus Neigung sehr unliebsamwärtige Dinge sagen lassen. Daß er als Schleppträger der Reaction fungire, ist noch nicht der schlimmste Vorwurf, der ihm gemacht wird; wie grundschrift er eigentlich ist, erfährt er aus der Unterstellung, daß er fälschlich unter liberaler Flagge fegele, um die ihm vertrauensvoll folgenden Wählerkreise auf unwirksame Art in den Hasen der Reaction zu locken. Und warum diese Niedertracht? Warum diesen Verrath an den heiligsten Gütern des Volkes? Warum Räuber und Mörder? Einzig, weil der gemäßigste Liberalismus die Meinung vertritt, daß große Worte nicht aus schon thaten sind, und daß die Aufgaben des Liberalismus in den Deutschen und Preussischen Vertretungskörpern angefaßt der inneren und äußeren Lage an der Grenzzeitbe zweier Jahrhunderte doch etwas höhere Anforderungen an die Erwählten der Nation stellen, als eine schlechte Copie der Preussischen Conventionsperiode des ersten Lustrums der 60er Jahre zu liefern.

Woher mag es doch gekommen sein, daß der Liberalismus in Deutschen Landen seine einstig überwiegende öffentliche Geltung bis auf einige spärliche Reste hat dahinscheiden sehen? Weil die um ihren Geldsack besorgte Bourgeoisie feigerweise vor der Reaction capituliert hat, sagt der „Vorwärts“ in seiner bekannten Weise, und der freisinnig-volksparteiliche Radicalismus findet die Wurzel des Übels in der „Sucht“ der nationalliberalen Politiker, mit den rechtsstehenden Parteien bzw. mit der Regierung à tout prix Compromisse zu schließen. Also, wenn man den Nationalliberalen diese üble Angewohnheit des Compromittirens gründlich austreibt, und wenn das Deutsche Bürgerthum seiner wirtschaftlichen Thätigkeit entkragt und mit Sauf und Pad zu der Fahne des Umsturzes übertritt, dann erst wird der Lindwurm der Reaction bestes am Boden liegen und das taufendjährige Reich genommen sein.

Die bürgerlichen und socialdemokratischen Kräfte im Streit befinden sich selber in einer Zwangslage, über die sie Niemanden, dessen politische Einsicht sich nur um ein Geringes über das oppositionelle Leitartikel- und Volksversammlungsniveau erhebt, hinwegtäuschen werden. Sie möchten das Rad der Weltgeschichte zurückdrehen und können es doch nicht. Sie möchten den Zeitgeist engültig auf formale staats- und verfassungsrechtliche Controversen, auf politische Doctrinen festnageln, während doch heutigen Tages die breiten Massen in Wahrheit nicht durch politische, sondern durch wirtschaftliche und sociale Probleme in

Athem gehalten, in Bewegung gesetzt werden. Wirtschaftliche und sociale Fragen aber lassen sich nicht nach abgestandenen politischen Parteiprogrammen oder nach dem öden Schematismus der socialdemokratischen Weltverbesserer lösen. Wer seine Pflicht gegen Volk und Vaterland redlich erfüllen will, muß sich auf den Boden der gegebenen Verhältnisse stellen, muß sich eine möglichst genaue, vielseitige Kenntniß von Welt und Menschen zu erwerben suchen und die Gabe besitzen, jederzeit das Erreichbare aus der Fülle des Wünschenswerthen mit sicherem Blick herauszuschälen und in Sicherheit zu bringen. Der berufsmäßige Volkstribun ist zur Leistung positiver parlamentarischer und legislativer Arbeit die denkbar ungeeignete Persönlichkeit, weil sein ganzes Dichten und Trachten in äußerlicher Effecthalderei aufgeht. Der freisinnig-volksparteiliche Radicalismus, dessen ganze wirtschafts- und socialpolitische Weisheit sich auf die manchesterliche Formel des laissez faire laissez aller reducirt, ist zu positiven geschäftlichen Thaten in der bestehenden Legislaturperiode des Reiches wie Preußens ebenso ungeeignet, als die Socialdemokratie, die grundmäßig alles Bestehende verherbeißt und sich nur insoweit auf den Boden der gegebenen Verhältnisse stellt, als sie des Archimedischen festen Punktes nicht entzogen kann, um die bürgerliche Welt aus ihrer Bahn zu werfen. Diese den Bedürfnissen der realen Politik, des realen Lebens völlig entfremdeten Richtungen können daher gar nicht anders, als um ihre wirtschafts- und socialpolitische Inpotenz zu maskiren, unabänderlich den Hauptaccent ihrer öffentlichen Action in das Gebiet der „Politik an sich“ verlegen. Sie kündigen der Regierung Fehde über Fehde an, ganz im Geiste der Conventionsperiode: „Diesem Ministerium keinen Mann und keinen Groschen“, und Alles stimmt in diesen Chorus ein, was auf die nationale Gegenwart Deutschlands schlecht zu sprechen ist, weil sich dieses nicht so entwickelt hat, wie es der doctrinären Rechthaberei des politischen und wirtschaftlichen Manchesterthums gemäß sich hätte entwickeln sollen.

Die nationalliberalen Bevölkerungskreise beklagen es um der Sache des Gesamliberalismus willen, aufschichtig, daß der Geist unfruchtbarer Negation, der das liberale Prestige seit der Mitte der 70er Jahre mehr und mehr verfinsterte, auch heute noch, trotzdem das rapide Anwachsen der Socialdemokratie die linksliberalen Elemente über das Tiefbedeutliche ihres Treibens belehrt haben sollte, fortfährt, sich als trennender Keil in das Gefüge des liberalen Solidaritätsbewußtseins einzuschleusen. Sie können aber ihren Pflichten gegen die Nation und gegen die Continuität der großartigen wirtschafts- und socialpolitischen Actionen der letzten Jahrzehnte nicht soweit untreu werden, daß sie um der schönen Augen „der Linken“ willen sich Hals über Kopf in quand même oppositionelle Experimente stürzen. Der Deutsche Liberalismus darf das Feld positiver, gemeinsinniger geschäftlicher Arbeit nicht den Contervativten und Ultramontanen zu ausschließlicher Bedienung überlassen, denn das wäre der allerfischere Weg, um dem von bürgerlichen und socialen Demokraten an die Wand gemalten Reactionsgespinnste Gleich und Blut zu verleißen. In allen Fragen des nationalen Lebensinteresses wird die nationalliberale Partei daher bestrbt sein, auf den vorhandenen Grundlagen weiter zu bauen, allerdings vom Standpunkte der bürgerlichen Freiheit und möglichen Emancipation von bureaukratischer Bevormundung. Aber sie muß es ablehnen, dabei mitzumachen, wenn das Volk von den Demagogen der Linken auf der „dürren Halde“ künstlich angebaute politische Probleme „im Kreis herumgeführt“ werden soll,

während ringsumher die „schöne, grüne Weide“ liegt und von unseren Concurrenznationen in aller Behaglichkeit abgegrast wird, indeß wir uns im Reichstag und Landtag um des Kaisers Bart streiten.

Telegramme.

Hamburg, 14. November. (C. T. C.) Die „Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actiengesellschaft“ theilt mit, daß das Schiff „Montevideo“ am Cap Magdalena signalisirt, daß es die Mannschaft des „Westmeath“, eines von der Packetfahrt-Gesellschaft gecharterten Englischen Schiffes, an Bord habe. Die „Westmeath“ wurde vom Capitän und der Mannschaft verlassen, weil das Schiff den Schuß getroffen hatte. Die „Westmeath“ treibe herrenlos umher.

München, 14. November. (C. T. C.) Der Staatssecretär des Reichspostamts v. Foddielski wurde heute vom Prinzregenten in Audienz empfangen und zur Tafel geladen. Gestern gab der Minister Febr. v. Kraußheim zu Ehren der Theilnehmer an der Postconferenz ein Diner, an welchem unter Anderem auch der Staatssecretär v. Foddielski und der Preussische Gesandte Graf von Mouts theilnahmen.

Wien, 14. November. (Priv.-Tel. d. B. V. B.) Die „Nöln. Ztg.“ äußert sich zu der Deutschrift des Rippischen Graf-Regenten in einer augenscheinlich inspirirten Berliner Drahtmeldung: Die Deutschrift sei zweifellos indirect von Lippe-Deimoldischer Seite in die Oeffentlichkeit gebracht, so daß dem Graf-Regenten in erster Linie die Schuld zuzurechnen sei, wenn der Gegensatz zwischen ihm und dem Kaiser noch verschärft wurde; hätte der Graf-Regent bessere politische Verather, so würde er rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht worden sein, daß, wenn er größere militärische Ehrenrechte für seine Kinder durchsetzen wollte, als ihm nach der Militärrconvention zustanden, er dazu nicht den Weg einseitigen Befehls, sondern den Weg der Verständigung mit dem Allerhöchsten Kriegsherrn hätte wählen müssen; daß er diesen Weg nicht ergriffen, vielmehr durch einseitigen Befehl in die Machtsphäre des obersten Kriegsherrn eingegriffen, diesen daher genöthigt hat, diesen Eingriff nachträglich wieder ungeschehen zu machen, sei der Grund, warum die Dinge sich demart zugespitzt hätten. Die Drohung des Graf-Regenten, er nehme im Interesse der Disciplin Anstand, seinerseits Gegenbefehle zu geben, greife in der schlimmsten Weise in das dem Kaiser durch Artikel 64 der Reichsverfassung gewährleistete, für den Bestand des Deutschen Reiches unentbehrliche Recht ein, wonach alle Deutschen Truppen verpflichtet sind, den Befehlen des Kaisers unbedingt Folge zu leisten. Diese Ausführungen des Graf-Regenten seien solche staatsrechtliche militärische Ungehörlichkeiten, daß es wohl zu begreifen sei, daß der Kaiser über diese Drohung höchst ungehalten war.

Gmunden, 14. November. (C. T. C.) König Christian und Prinz Waldemar von Dänemark sowie Prinz Georg von Griechenland sind heute hier eingetroffen.

Paris, 14. November. (C. T. C.) Auf Wunsch der Spanischen Commission tritt die Friedenscommission heute nicht zusammen. Die nächste Sitzung ist auf Mittwoch festgelegt.

Paris, 14. November. (C. T. C.) Der Caffationshof vernahm heute General Jurinden und entbot Chanoine zu sich.

Cagliari, 14. November. (C. T. C.) Die Kriegsschiffe „Lombardia“, „Andrea Doria“, „Ruggiero de Lauria“ und „Calatafimi“ sind hier eingetroffen.

Madrid, 14. November. (C. T. C.) Die Königin-Regentin wird unverzüglich eine Abordnung aus Catalonien empfangen, die erwähnt ist, um eine Decentralisirung in der Verwaltung nachzuweisen. Die Landwirtschaftskammer von Aragonien hat eine Resolution zu Gunsten der Decentralisirung angenommen.